

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MARXISTISCHE
"LEHRWERKSTATTEN-INITIATIVE"

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern, Tel. 031 / 44 58 94

An die Deutschschweizer Medien

Sehr geehrte Damen und Herren

Unmissverständlich Nein zur "Lehrwerkstätten-Initiative" sagt SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander (ZH). In seinem Beitrag weist er auf den "roten Pferdefuss" des Volksbegehrens hin. Ein weiterer Beitrag geht ebenfalls auf den ideologischen "Unterbau" der Initianten dieses Vorstosses ein. Ferner wird in einem Artikel auf die übereinstimmende Haltung der (geschlossenen) Arbeitgeberorganisationen und der grössten schweizerischen Einzelgewerkschaft, dem SMUV, hingewiesen.

Diese Beiträge stehen Ihnen wie immer zum unentgeltlichen Abdruck zur Verfügung.

Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns, Sie auf die Pressekonferenz des Aktionskomitees aufmerksam zu machen, die angesetzt wurde auf

Dienstag, 9. September, 10.30 Uhr, Rest. Bürgerhaus, Bern.

Es würde uns freuen, Sie an diesem Gespräch begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN
DIE MARXISTISCHE "LEHRWERKSTATTEN-
INITIATIVE"
Für den Presseausschuss:

Chr. Beusch

Beilagen erw.

Bern, 1.9.86 ea

Zur Lehrwerkstätten-Initiative

Initiative mit rotem Pferdefuss

Von SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander, Oetwil a.d.L.

Die Lehrwerkstätten-Initiative der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) läuft in ihrer wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Grundhaltung allen Grundsätzen des Gewerbes zuwider. Ihre Annahme durch das Volk brächte einen der solidesten Pfeiler unseres Wirtschafts- und Bildungssystems ins Wanken, auf dem zu einem schönen Teil unser Wohlergehen sowie unsere weltweit anerkannte gewerbliche und industrielle Leistungsfähigkeit ruhen. Gemeint ist die nach dem Leistungsprinzip ausgerichtete Berufsbildung in der Form der Meister- oder Berufslehre. Um dieses Ausbildungssystem wird unser Land weltweit beneidet. Die SAP-Initiative mit dem verführerischen Titel und dem leicht erkennbaren marxistischen Pferdefuss muss aus der Sicht des schweizerischen Gewerbes wuchtig abgelehnt werden.

Jugendarbeitslosigkeit vorprogrammiert

Zehntausenden von jungen Leuten in unserem Lande wird alljährlich eine auf Leistung ausgerichtete und auf die Praxis bezogene Berufsausbildung zuteil. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man das in unserem Ausbildungssystem seit je hochgehaltene Qualitätsdenken als wesentliche Voraussetzung für die innere Festigkeit und Gesundheit unseres gesamten Wirtschaftskörpers bezeichnet. Eine hervorragende und stets mit Seitenblick auf die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft betriebene Schulung ist darüber hinaus einer der Hauptgründe für den niedrigen Grad der Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz. Dieser sozialpolitisch erfreuliche Zustand darf nicht in sein Gegenteil verkehrt werden. Denn die SAP-Initiative zielt darauf ab, dass jeder junge Mensch seiner Neigung gemäss in staatlichen Lehrwerkstätten ausgebildet werden kann, und zwar auch für Berufe, für die in der Wirtschaft kein Bedarf besteht.

Ausländischer Anschauungsunterricht lehrt uns, dass Jugendarbeitslosigkeit immer dann entsteht, wenn sich die Schere zwischen der Berufsausbildung und den Strukturen der Wirtschaft über Gebühr öffnet. Junge Menschen, die ohne Rücksicht auf die Realitäten des Arbeitsmarktes ausgebildet wer-

den, sehen sich nach der Lehre statt vor einer gesicherten Existenz vor einem Abgrund. Einer solchen Entwicklung kann mit einem Nein zur utopischen Lehrwerkstätten-Initiative entgegengetreten werden.

Utopisch oder hinterhältig ?

Die SAP-Initiative ist indessen nicht nur utopisch, sondern in politischer Hinsicht perfid. Wir wollen hier diesen Pferdefuss ganz klar aufzeigen - und wäre es nur, um den linkssozialistischen Urhebern des Volksbegehrens vor Augen zu führen, dass wir nicht ganz so naiv sind wie sie offensichtlich annehmen. Es ist nämlich leicht voraussehbar, dass in den verlangten Lehrwerkstätten jene Leute landen würden, die der Selektion entgehen möchten: Nämlich Leute, die sich dem Minimalismus verschrieben haben oder die das Leistungsprinzip ablehnen. Gerade diese Leute aber sind für politische Beeinflussung besonders empfänglich, da sich ihre Unzufriedenheit mit sich selber leicht in Unzufriedenheit mit dem Staat und der Gesellschaft umlenken lässt. Das weiss auch die SAP, und möglicherweise ist dieser scheinbare Nebeneffekt sogar die Haupttriebfeder des Begehrens.

Stätten der politischen Unterwanderung wären aber so ziemlich das Letzte, was wir in unserem bewährten Berufsbildungswesens brauchen können. Zum Wohle unserer Volkswirtschaft und zum Wohle der jungen Leute selbst halten wir an der soliden, praxisbezogenen Lehre beim Meister oder im Betrieb fest und erteilen einem durchsichtigen politischen Manöver eine klare Absage.

ARBEITNEHMER UND -GEBER GLEICHER MEINUNG

Ablehnung der "Lehrwerkstätten-Initiative"

Für einmal sind die Arbeitgeberorganisationen und die grösste schweizerische Einzelgewerkschaft, der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), gleicher Meinung: Sie lehnen die am kommenden 28. September zur Abstimmung gelangende "Lehrwerkstätten-Initiative" ab. Der SMUV begründet sein Nein damit, dass das Volksbegehren "im Bereich der beruflichen Ausbildung Akzente in die falsche Richtung setzt". Der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen weist darauf hin, dass "sich die Grundprinzipien unseres Berufsbildungssystems bewährt haben", weshalb die Initiative - als "grundlegender Umwälzungsversuch" des schweizerischen Berufsbildungswesens - abzulehnen sei.

Ueber 187'000 Lehrverträge

1985 betrug die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge 66'000 (etwas mehr als im Vorjahr). Der Gesamtbestand der Lehrverträge belief sich auf über 187'000. Zudem standen Ende 1985 über 2500 Anlehrlinge in Ausbildung, und über 1400 von ihnen haben im gleichen Jahr einen Anlehrausweis erhalten. Heute bestehen 282 vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) genehmigte Berufsreglemente.

Diese Zahlen belegen die Bedeutung des Berufsbildungswesens nicht nur für die Ausbildung der Jugendlichen, sondern auch für die schweizerische Wirtschaft. Deshalb ist es auch von politischer Bedeutung, dass sich die (geschlossenen) Arbeitgeberorganisationen (zu denen auch der Schweizerische Gewerbeverband hinzuzuzählen wäre, der sich ebenfalls engagiert gegen die "Lehrwerkstätten-Initiative" ausspricht) sowie die grösste Einzelgewerkschaft des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gegen dieses Volksbegehren aussprechen. Die Haltung dieser Organisationen steht in Uebereinstimmung mit der Meinung von Bundesrat und eidgenössischen Räten, die der

"Lehrwerkstätten-Initiative" eine deutliche Abfuhr bereiteten und sie Volk und Ständen mit dem Antrag auf Ablehnung vorlegen.

SMUV contra SP

Das unmissverständliche Nein des SMUV verdient umso mehr Beachtung, als die SP der Schweiz - entgegen den Beschlüssen der SP-Fraktion der Bundesversammlung - für die Initiative eintritt. Während sich bei der SP die Theoretiker durchsetzen konnten, entschieden beim SMUV jene Delegierten, die tagtäglich an der "Front" stehen und die berufliche Ausbildung nicht nur mit dem schweizerischen System der Betriebs- oder Meisterlehre zu meist nicht nur selbst durchlaufen haben, sondern als Ausbilder in den Betrieben ihre Erfahrungen und Kenntnisse weitergeben.

"Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten!"

In der "SMUV-Zeitung" wird denn auch unter dem Titel "Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten!" deutlich zu einem Nein an der Urne aufgerufen. Die Begründung für diese Haltung zeugt von einer realistischen Einstellung gegenüber den Forderungen, die in der "Lehrwerkstätten-Initiative" erhoben werden. Dabei wird darauf hingewiesen, dass die heutige Struktur der Berufsbildung in der Schweiz stark verankert sei, weshalb man mit einer Annahme der Initiative die Bereitschaft zur Ausbildung von Lehrlingen und Lehrtöchter zweifellos vielerorts schwächen würde. Ebenso werden die ausserordentlich kostspieligen Konsequenzen des Volksbegehrens erwähnt.

Klar kommt im Artikel in der "SMUV-Zeitung" zum Ausdruck, dass die geltende Betriebs- oder Meisterlehre wegen ihrer Praxisbezogenheit zahlreiche Vorteile aufweist: "Die Lehre in einem Betrieb, der bereits alle negativen und positiven Erfahrungen des Berufslebens vermittelt, ist durch eine Lehrwerkstätte nicht voll zu ersetzen. Die Einsicht in betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge dürfte im Betrieb mit Gewissheit unmittelbar und für den einzelnen verständlicher zu vermitteln sein, als

in der von den Turbulenzen von Markt und Arbeitswelt abgeschirmten Lehrwerkstätten. Daran ist zu denken, wenn über die 'Lehrwerkstätten-Initiative' abgestimmt wird". - Dieser Meinungsäußerung ist nur noch die Aufforderung beizufügen, den Urnengang am 28. September nicht zu versäumen.

Christian Beusch

EIN TROJANISCHES MARXISTEN-PFERD

Zur Abstimmung über die "Lehrwerkstätten-Initiative"

"Ein Recht auf vollwertige Berufsbildung" soll die schweizerische Bundesverfassung ergänzen: Um darüber zu befinden, werden die Stimmbürger am 28. September zu den Urnen gerufen. Die ersten fünf Worte der vom Bundesrat und eidgenössischen Räten unmissverständlich klar abgelehnten Volksinitiative der früheren Revolutionären Marxistischen Liga (RML), die sich heute Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) nennt, sind allerdings plumper Etikettenschwindel.

Denn nicht um Berufsbildung und Lehrlinge geht es den linksextremen Heilsbringern, sondern primär - und diesmal zugegebenermassen - darum, "dem bürgerlichen Staat durch einen neuen, einen Arbeiterstaat zu ersetzen". So lautet die RML/SAP-Zielsetzung gemäss eigener "Literatur" dieser Kreise. Das muss man wissen und mitbedenken, wenn man der Sache auf den Grund gehen will, welche sich hinter dem harmlosen Titel "Lehrwerkstätten-Initiative" verbirgt. Zweck der Uebung ist offenkundig eine Verstaatlichung der bewährten Betriebs- und Meisterlehre.

Indoktrinations-Anstalten?

Wozu? Natürlich nicht, um gewiss noch vorhandene Verbesserungsmöglichkeiten im Berufsbildungswesen in die Tat umzusetzen, sondern in der Absicht, Wirtschaft und Gewerbe so etwas wie ein trojanisches Pferd mit altgriechischer List zusammenzuzimmern. Lehrlinge und angehende Berufsleute lassen sich in staatlichen Lehrwerkstätten eben viel leichter beeinflussen und fremdbestimmen: Wie Modellierton sollten wohl aufnahmebereite junge Leute "behandelt" werden. In wessen Sinn? Mit welchem Ziel? Fragen über Fragen; Antworten aber auch, welche eine Fülle von Missbehagen auslösen...

Die Betriebe sollen bezahlen...

Die kleinstrukturierte schweizerische Wirtschaft, seit langer Zeit erfolgreich gewohnt, den eigenen Berufsnachwuchs auch in eigener Verantwortung unter staatlicher Aufsicht selber auszubilden und sachgerecht für das künftige Erwerbsleben vorzubereiten, diese Wirtschaft hätte nach RML/SAP-Konzept gerade noch die Pflicht, den Marxisten ihren allerjüngsten Streich zu finanzieren. "Mindestens ein halbes Prozent der Lohnsumme" sollten die Arbeitgeber an den Bund abführen, damit der Staat jene Nachwuchsförderung mühsam selber zu leisten versuche, die längstens zur Zufriedenheit aller Beteiligten bestens spielt.

Ein absurdes Spiel, das die zu "Sozialistischen Arbeitern" gewordenen Ex-Marxisten mit dieser gefährlichen Initiative dem Schweizervolk zumuten. Deshalb ist diese sogenannte "Lehrwerkstätten-Initiative" am 28. September abzulehnen.

Fritz K. Pulfer